

[REDACTED]

[REDACTED]

Herrn
Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff persönlich
Staatskanzlei, Hegelstraße 40
39104 Magdeburg

vorab per email

[REDACTED] den 27. Juni 2012

Offener Brief

Insel - Ihr geplanter Besuch bei der Vertreiberbürgerinitiative am 02. Juli 2012

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

Sie besuchen am kommenden Montag den Ort Insel, um sich dort mit der sogenannten Bürgerinitiative der Vertreiber zu treffen.

Die "Altmarkzeitung" vom 27. Juni 2012 schreibt dazu, auf der ersten Seite, unter der Überschrift: *BI-Gegner ausgeschlossen*, dass das Treffen unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfände, namentlich *unter Ausschluss derer, die definitiv das Anliegen der BI nicht unterstützen*, so Claudia Bartels als Sprecherin der Vertreiber.

Die "Volksstimme" vom 26. Juni 2012 berichtet, ebenfalls auf der ersten Seite:

Am nächsten Montag kommt der Regierungschef in den Stendaler Ortsteil, um sich mit Ortschaftsrat und Bürgerinitiative zu treffen.

Falls es Ihnen gerade nicht gegenwärtig ist, erinnere ich daran, mit wem Sie sich dort treffen wollen:

- Die BI fordert seit fast einem Jahr die grundrechtswidrige Vertreibung der Gemeindebürger GG und HPW aus Insel.

- Der dortige Ortschaftsrat hat im September 2011 einen einmütigen Beschluss der Aufforderung zur grundrechtswidrigen Vertreibung gefasst. Es dürfte in Deutschland ziemlich einmalig sein, dass ein kommunales Parlament solch einen grundrechtsfeindlichen Beschluss gegen zwei Gemeindebürger gefasst hat. Fast alle Mitglieder des Ortschaftsrates gehören zu den Vertreibern.
- Die BI hat es in der Vergangenheit mindestens billigend in Kauf genommen, dass in Insel militante Nazis von außerhalb aufmarschiert sind. Es wurden - ohne dass Mitglieder der BI dagegen eingeschritten wären - öffentlich Transparente hochgehalten, mit der Forderung *Todesstrafe für Kinderschänder*. GG und HPW waren nie Kinderschänder, wobei es darauf hier nicht ankommt. Bismarck hat die Nazis von außerhalb öffentlich *als Gäste* bezeichnet und öffentlich und unwidersprochen die Gemeindebürger GG und HPW mit Ungeziefer gleich gesetzt, *die beiden Läuse im Pelz*. Bismarck spricht die Sprache der Nazis.
- Der MDR berichtet in seiner bundesweiten ausgestrahlten Sendung "Fakt" am 26. Juni 2012 u. a. darüber dass auf der - inzwischen gelöschten - Facebookseite *Resozialisierung wider Willen* die BI Mitglieder oder Sympathisanten der Bürgerinitiative offen über die Art und Weise diskutieren, wie man GG und HPW ermorden kann, einfach *abknallen* oder *lieber zerhacken*; abscheulich!
- Auf einer sogenannten Bürgerversammlung im November 2011 wurde der Ruf *Kastrieren und dann ab laut*, das war keine verirrte Einzelmeinung. Es wurde mehrheitlich beklatscht und bejohlt.
- Die BI ist ausschließlich ursächlich für eine erhebliche dauerhafte Störung des Rechtsfriedens in Insel und für den deswegen erforderlichen kostenintensiven Dauereinsatz der Polizei zum Schutz der Gemeindebürger GG und HPW. Das Obergerverwaltungsgericht Sachsen-Anhalt spricht von *Bedrohungen, Nötigungen* und gar von einem *pogromartigen Vertreibungsdruck*. Das OVG meint nicht die Nazis von außerhalb, sondern beschreibt die im Dorf von den Vertreibern erzeugte Stimmung.
- Die BI nimmt ohne jegliche Legitimation für sich in Anspruch für "die Inseler" zu sprechen. Bei den Vertreiberdemonstrationen waren nie mehr als 100 Leute auf der Straße, davon viele, die nicht in Insel wohnen. Mit dem Zeitablauf sind es immer weniger Demonstranten geworden. Bei einer Gegenveranstaltung Bismarcks zur Landtagsdemonstration am 08. Juni haben sich weniger als 25 Leute eingefunden.
- An den mehrfachen Versuchen am 01. Juni 2012 das Haus der Gemeindebürger GG und HPW zu stürmen waren Mitglieder und Sympathisanten der BI maßgeblich beteiligt. Dazu ist Bildmaterial im ZDF veröffentlicht. Es waren eben nicht überwiegend die bösen Nazis; es war der normale Inseler Mob.

Am 08. Juni 2012 hat sich der überwiegende Teil der Landtagsabgeordneten in Insel getroffen und unter einem großen Transparent *Die Würde des Menschen ist unantastbar* für die Wahrung der Menschenrechte in Insel demonstriert und gegen grundrechtswidrige Vertreiberparolen der BI deutlich Stellung bezogen. Landtagspräsident Gürth hat eine gewohnt beeindruckende kurze Rede gehalten. Sie selber waren vor Ort, genauso wie Frau Prof. Kolb und Herr Stahlknecht.

Deswegen ist es nicht nachvollziehbar, dass Sie sich am kommenden Montag mit den den Vertreibern treffen werden und dass Sie es mindestens hinnehmen, dass Menschen aus Insel, die sich gegen die Vertreibung wenden, ausdrücklich nicht willkommen sind.

Diese Demokratinnen und Demokraten aus Insel werden dort seit Monaten gemobbt und u. a. mit Brandstiftung bedroht, *wenn Du Deine Fresse nicht hältst, brennt die Bude ab*. Betroffen ist neben anderen die Mutter eines in Insel von einem Inseler im Jahr 2005 vergewaltigten Kindes. Es gibt anonyme Anrufe bei Ihrem Arbeitgeber, es werden im Dorf Unterschriften gegen die Frau gesammelt.

Aus dem Kreis der heutigen BI wurde damals gegen die Familie und gegen das 12 jährige Mädchen gehetzt, *Dorfnutte, die wollte das doch so, die treibt es mit Jedem*, ein 12jähriges Mädchen!

Herr Ministerpräsident, es wäre sehr zu begrüßen, wenn Sie den Demokratinnen und Demokraten in Insel, die sich gegen die Vertreiber stellen, Ihre Wertschätzung erweisen würden, z. B. durch eine Einladung in die Staatskanzlei.

Da Sie meinen Brief wohl wieder nicht beantworten, verbreite ich ihn öffentlich.

Mit freundlichen Grüßen

